Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769 Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 183. | Dresden, Donnerstag den 10. August 1911. | 22. Jahrg.

Die Marokko-Affäre.

Es geht noch weiter . . .

Die Verhandlungen zwischen dem deutschen Staatssekretär Kiderlen-Wächter und dem französischen Botschafter Cambon nehmen ihren Fortgang und, so wird gleichzeitig hinzugefügt, sie werden schwerlich vor Ende des Monats zum Abschluß gelangen. Gestern hat wiederum eine Unterredung stattgefunden. Für den Augenblick bildet — nach dem, was der Berliner Lokalanzeiger schreibt — die Spezialisierung der Einzelfragen den Hauptgegenstand, und es erscheint dem L.-A. begreiflich, daß der Ausgleich von Vorschlägen und Gegenvorschlägen längere Zeit in Anspruch nimmt, zumal die einzelnen Punkte den entsprechenden Ressorts zur Begutachtung vorgelegt werden.

Dem Pariser Temps wird die Sache nachgerade langweilig und an Stelle der Reserve tritt wieder eine gewisse Nervosität, die sich in der Verbreitung der „angeblichen" Kompensationen kundgibt. Der Temps will wissen, daß die französischen Kongogebiete, über deren Abtretung gegenwärtig verhandelt wird, an die Südgrenze von Kamerun stoßen und sich außerdem an der Ostseite dieser Kolonie erstrecken. Weiter meldet er, es handle sich auch um die Abgrenzung eines Striches im Norden von Kamerun, den Deutschland möglicherweise an Frankreich abtreten werde.

Man kann zu diesen Aeußerungen vorläufig ein großes Fragezeichen machen. So wenig wie die deutschen Blätter wissen auch die französischen, und es sind lediglich Kombinationen, die sie ihren Lesern auftischen, um der Hundstagshitze entsprechendes zu bieten.

Mulay Hafid verrückt?

Nach einer Times-Meldung aus Tanger gibt der Gesundheitszustand des Sultans Mulay Hafid Anlaß zu ernsten Besorgnissen. Der Sultan befindet sich in einem Zustande geistiger Umnachtung und kann für seine augenblicklichen Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden. Bereits früher sind diese Krankheitserscheinungen bei Mulay Hafid aufgetreten, jedoch waren sie nicht von so langer Dauer wie in der letzten Zeit.

* * *

Eine Dusche für die Alldeutschen.

Die Kölnische Zeitung veröffentlicht folgende aus Berlin stammende offiziöse Erklärung:

„Von verschiedenen Seiten wird andauernd der Versuch gemacht, die Ansicht zu verbreiten, als ob zwischen dem Kaiser und den verantwortlichen Ratgebern über die Behandlung der Marokkofrage Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Lediglich sucht man die Lage so darzustellen, als ob Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter zuerst sehr weitgehende Forderungen an Frankreich gestellt, diese dann infolge kaiserlichen Eingreifens stark herabgesetzt habe. Derartige willkürlich erfundene Angaben sind unpatriotisch, da sie die Aufgabe der deutschen Unterhändler erschweren und ihre Stellung dem Auslande gegenüber schwächen. Das Gleiche gilt von den fortgesetzten Versuchen, gewisse lärmend geltend gemachte Forderungen politischer Hitzköpfe als Forderungen hinzustellen, welche die deutsche Regierung anfangs selbst erhoben, dann aber unter fremdem Druck wieder zurückgezogen habe."

Dieser Nasenstüber wird für die in Frage kommenden Organe nicht angenehm sein, sie werden aber trotzdem weiter wühlen, getreu ihrer Devise: Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut!

* * *

Die Deutsche Tageszeitung und der Krieg.

In der freisinnig-liberalen Presse wurde kürzlich dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß die Deutsche Tageszeitung von den „Kriegshetzern" à la Post und anderen Blättern abgerückt sei, weil sie sich gegen die vielbesprochenen Aeußerungen der Post gewendet habe.

Aber weit gefehlt. In ihrer gestrigen Nummer kommt das Blatt von „Air und Halm" auf diese Angelegenheit zurück und definiert ihren Standpunkt zu dem eventuellen Ausbruch eines Krieges, nachdem es ausgeführt, daß nur sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der Post bestünden, in folgender Weise:

. . . Es sind also praktische Meinungsunterschiede, die uns von jenen Blättern trennen, keineswegs solche grundsätzlicher Natur. Wir sind auch weit davon entfernt, den Krieg als das größte aller Uebel anzusehen. Ganz abgesehen davon, daß gerade das Deutsche Reich besser für den Krieg gerüstet und sich in einem höheren Stande der Bereitschaft befindet, als alle anderen Mächte der Welt, halten wir es auch ganz allgemein betrachtet für vorteilhaft, ja unter Umständen für nötig, wenn ein großes Volk innerhalb gewisser Zeiträume vor die praktische Existenzfrage gestellt wird, sonst tritt leicht, ja mit einer gewissen Naturnotwendigkeit der Zustand ein, daß es ihm „zu gut" geht. Für das Volk gilt hier das gleiche, wie für den einzelnen Menschen.

Es ist sehr kennzeichnend für unsere Zeit, daß man vielfach geneigt ist, als Kriegsgrund nur Objekte anzusehen, die einen gewissen Millionen- oder Millionenwert darstellen, und daß man die Frage der nationalen Ehre als eine veraltete und lächerliche Redensart ablun will, ebenso wie die der persönlichen. Dabei ist sie nationale und die politische Ehre eines Volkes, auch abgesehen von ihrer ideellen Seite, von äußerst realem Gewicht für die politische Geschäftsführung. Verwerflich und unsittlich dagegen ist die heute liebe Redensart, nämlich daß man bestrebt ist, eine politische und nationale Ehrenfrage nur dann gelten zu lassen, wenn Werte von so und so vielen Milliarden auf dem Spiele stehen.

Wenden wir diese Betrachtungen nun wieder auf den gegenwärtigen Marokkofall an, so gelangen wir zum Ergebnisse, daß er nicht mit vorgefaßter Absicht und ohne inneren Grund zum Hervorrufen eines Krieges benutzt worden darf. . . . . Treten aber Eventualitäten ein, die einen zureichenden und zwingenden Grund zum Kriege geben, so werden wir ihn ohne Ansehen der äußeren Seite der Streitfrage willkommen heißen als den großen Reiniger und Prüfer, dessen ein Volk von Zeit zu Zeit bedarf, wenn es lebensfähig bleiben und nicht in der Vergötterung von Erwerb und Gewinn verkommen soll.

Die Deutsche Tagesztg. gibt ein Spiegelbild der Angehörigen ihrer Klasse, wie man es sich besser nicht wünschen kann. Denn Arbeiter können ihre nationale Ehre wegen Millionenwerte nicht verschachern, weil sie über solche Werte gar nicht verfügen.

Einspruch erheben muß man aber gegen die Bigotterie der Deutschen Tagesztg., daß von Zeit zu Zeit ein Krieg notwendig sei, weil es dem Volke sonst „zu gut" gehe. Das mag wiederum für die der Deutschen Tagesztg. nahestehenden „betenden" Landwirte zutreffen, die Arbeiter lehnen aber dankend ab. Daß es ihnen nicht „zu gut" geht, als daß erst ein Krieg als „Reiniger und Prüfer" die nötige Ernüchterung bringen müßte, dafür sorgen vor allem in der skrupellosesten Weise die preußischen Junker, die die Lebensmittelpreise gerade in der gegenwärtigen Zeit ins Unermeßliche steigern!

Die Armee gegen den obersten Kriegsherrn.

Nicht nur die Generale a. D. Lieberl, Keim usw. sind mit der wilhelminischen Politik unzufrieden, auch in der aktiven Armee, will sagen im preußischen Offizierkorps soll das Mißbehagen über die dem Kaiser zugeschriebene auswärtige Politik allgemein sein. So behauptet wenigstens die Rheinisch-Westfälische Zeitung und sie fügt hinzu, in der Armee begreife man nicht, wozu das deutsche Volk Milliarden für seine Rüstung ausgeben müsse, wenn von ihr doch kein Gebrauch gemacht werde. Aus diesem Stimmungsbild geht hervor, daß die abenteuer- und avancementslustigen jungen Offiziere mit ihrem obersten Befehlshaber, dem neuerdings so genannten „Pazifisten" Wilhelm II., äußerst unzufrieden sind.

Aber das ist noch immer ein indirektes Zeugnis. Das stärkste Stück ist es jedenfalls, daß ein höherer Offizier aus Hannover der Post für ihren bekannten Artikel gegen Wilhelm II. seine jubelnde Bewunderung ausspricht.

Der Herr schreibt:

Der scharfe Angriff der Nordd. Allgem. Ztg. gegen den von wahrer Vaterlandsliebe diktierten Artikel der Post veranlaßt mich, der hochverehrten Redaktion wärmste Zustimmung auszusprechen. . . . Mit tiefer Scham muß man zugeben, daß das Ausland sich über uns lustig macht. Vor einigen Jahren sagte mir ein sehr agrarisch denkender Mann, unsere Flotte ist ja nur für die Industrie gebaut. Ich war damals sehr empört über solche Verleugnung des nationalen Gefühls und Stolzes; ich glaube heute, der Mann hatte recht, denn wozu dienen Armee und Flotte, wenn wir uns doch immer furchtsam an die Wand drücken und beiseite schieben lassen? Einem patriotisch-deutsch fühlenden Mann tut es daher wohl, einmal einen kräftigen Artikel zu lesen.

Der Inhalt des „kräftigen Artikels", der dem höheren Offizier eine Kundgebung „wärmster Zustimmung" entlockt, ist bekannt. Es ist jener Artikel, der in den Worten gipfelte: Guillaume le timide, le valeureux poltron! Diese Worte sind jedenfalls das Gröbste, was auf deutschem Boden jemals über die Person eines Gekrönten öffentlich geschrieben worden ist.

Die sozialdemokratische Presse hat mit Wilhelm II. manchen Strauß ausgefochten und manche ehrenvolle Wunde davongetragen. Ueber ihre Redakteure sind Jahrzehnte Gefängnis verhängt worden. Wir erinnern nur an den berüchtigten Kaiserinsel-Prozeß, einer von vielen! Damals war im Vorwärts gemeldet worden, es bestehe die Absicht, auf einer Havelinsel nächst Berlin ein befestigtes Schloß zu errichten, und es war beigefügt worden, solche Pläne würden in gewissen Hofkreisen gefördert, um an bestimmter Stelle die Vorstellung von einer drohenden blutigen Revolution zu nähren. Mit keinem Wort wurde Wilhelm II. genannt, nirgends war angedeutet, daß solche Vorsichtsmaßregeln nach seinem Sinne wären. Trotzdem schrie die ganze „nationale" Presse, die Post natürlich voran, auf Kommando, der Vorwärts habe dem Kaiser Mangel an persönlichem Mut vorgeworfen, der Staatsanwalt setzte hinzu, dies sei der schwerste Vorwurf, den man dem Kaiser machen könne, und der Redakteur wurde zu schwerer Gefängnisstrafe verurteilt.

Aehnlich wie hier lag es in anderen Fällen. Aber Töne, wie sie jetzt in der Post gehört werden, hat man in der sozialdemokratischen Presse kaum jemals vernommen.

Selbstverständlich verlangen wir nicht, daß die Post mit dem gleichen Maß gemessen werde wie bisher die sozialdemokratische Presse, sondern wir freuen uns der errungenen Preßfreiheit und erwarten bestimmt, daß sie auch den sozialdemokratischen Redakteuren künftig zugute kommen wird. Wir haben natürlich auch nichts dagegen, wenn höhere Offiziere derartigen Urteilen über den obersten Kriegsherrn beipflichten: denn als gute Revolutionäre können wir uns über derartige Zeichen der Zersetzung nur aufrichtig freuen. Daß in der Armee die persönlichen Gegner Wilhelms II. nicht selten sind, und daß dort über seine Eignung zum Oberstkommandierenden im Kriege verschiedene Urteile im Umlauf sind, erfährt man ja nicht erst heute, aber es ist doch ganz gut, wenn man dergleichen gelegentlich auch gedruckt liest.

Deutsches Reich.

Der vaterlandslose Aufruf.

Der von uns gestern veröffentlichte Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der sich in flammenden Worten gegen das friedensfeindliche Marokkotreiben wendet, ist unserer marokkolüsternen Presse natürlich in den hohlen Zahn gefahren. Die Deutsche Tageszeitung bedauert, daß die roten Friedensfreunde nicht wegen Landesverrats mundtot gemacht werden können, und schreibt resigniert:

Zum Schlusse fordert der Aufruf die Einberufung des Reichstags. Diese Forderung soll vom Volke in Massen-Versammlungen erhoben werden. Gegen den Willen der breiten Volksmassen sei heute kein Krieg mehr möglich. Deshalb, so klingt der Aufruf aus: „Auf gegen das Marokkoabenteuer! Nieder mit den Kriegshetzern!"

Es lohnt wahrhaftig die Mühe nicht, sich mit diesen geschwollenen Redensarten ernstlich zu beschäftigen. Der Parteivorstand ist so vorsichtig gewesen, die Grenze nur zu streifen, aber nicht zu überschreiten, jenseits deren der faßbare Landesverrat beginnt. Wer in einer solchen Stunde in solcher Weise zu den Massen zu reden wagt, der darf sich nicht wundern, zu den vaterlandslosen Gesellen gezählt zu werden.

Wir werden selbstverständlich mit dem Leibblatt der agrarischen Volksausbeuterer nicht darüber diskutieren, wo die vaterlandslosen Gesellen sitzen, zumal aus dem ganzen Gerede wieder mal die Angst vor der sozialdemokratischen Volksaufrüttlung ersichtlich ist — eine Angst, die nicht nur aus Oertels Blatt guckt. So schreibt z. B. die Kölnische Volkszeitung viel deutlicher:

Bedauerlich bleibt es immerhin, daß Uebertreibungen und Ausschreitungen in einem Teile der deutschen Presse der Sozialdemokratie den sehr erwünschten Vorwand bieten, sich als Hüterin des europäischen Friedens aufzuspielen.

Das ist der Dorn, der unseren Nationalisten im Fleische juckt: inmitten einer wüsten Kriegshetze steht die Sozialdemokratie wieder als einzig zuverlässige Schirmerin des Friedens vor den Volksmassen!

Der Fortschrittler Eickhoff.

Der reaktionäre Professor Eickhoff, der formell der Fortschrittlichen Volkspartei angehört, hat jetzt in seiner eigenen Partei hart zu leiden. Den Fortschrittlern des Rheinlandes ist sein nationalliberales Auftreten doch zu blamabel, so daß sie genötigt sind, den Herrn nach Kräften abzuschütteln. Am letzten Sonntag wurde ihm vom Vorstand des Bezirksverbands Rheinland ein Mißtrauensvotum ausgestellt. Dagegen verteidigt sich nun Eickhoff in der Vossischen Zeitung und erzählt zunächst, daß der Wahlkreis Lennep-Remscheid-Mettmann, den er seit der letzten Wahl vertritt, bis zum vorigen Jahre zum Bezirksverband Hagen gehört habe. Erst mit der Fusion der freisinnigen Parteien sei der Kreis dem Bezirksverband Rheinland zugeteilt worden. Durch diese organisatorische Verschiebung seien die persönlichen und sachlichen Differenzen entstanden. Wörtlich führt Eickhoff aus:

„Den schon auf dem ersten rheinischen Parteitag, der in Köln stattfand und auf dem durch eine Zufallsmehrheit Herr Professor Schloßmann-Düsseldorf, der bisher in den freisinnigen Kreisen des Rheinlandes nahezu unbekannt und bei den Wahlen des Jahres 1907 noch gar nicht im Rheinland ansässig gewesen war, zum Vorsitzenden gewählt wurde, stellte sich sehr bald heraus, daß die persönlichen und sachlichen Gegensätze doch zu groß seien, als daß sie ein dauerndes Einvernehmen gestattet hätten. Es wurde immer klarer, daß die ganze Persönlichkeit des Herrn Professor Schloßmann durchaus ungeeignet sei, die durch die Fusion des Jahres 1910 in der Partei vereinten, bisher vielfach entgegengesetzten Richtungen zu versöhnen und eine vermittelnde Stellung einzunehmen. Doch wurde der Versuch nicht unterlassen, einen vorläufigen Waffenstillstand zu schließen, um das gemeinsame Parteiinteresse nicht zu schädigen. Dieser Versuch ist nunmehr als gescheitert zu betrachten. Um aber diese reinliche Scheidung zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Partei, die unaufschiebbar geworden war, möglichst geräuschlos zu vollziehen, faßten die Vertrauensmänner des Wahlkreises Lennep-Remscheid-Mettmann den Beschluß, der übrigens aus demselben Grunde auch schon von den Vertrauensmännern des Wahlkreises Barmen-Elberfeld erwogen, aber bis zum Herbst vertagt wurde, aus dem rheinischen Provinzialverband auszutreten und sich wieder dem Bezirk Hagen anzuschließen; sie faßten den Beschluß in der Hoffnung, daß seine Ausführung über die Partei hinaus kaum beachtet werden würde."

Neben den persönlichen seien es auch sachliche Gegensätze, in denen Eickhoff zu Professor Schloßmann stehe. Sie beruhten, so versichert Eickhoff, in der Hauptsache auf der verschiedenen Beurteilung der Sozialdemokratie. Die Schloßmannsche Wahlparole von Düsseldorf (im ersten Wahlgange sofort für den Sozialdemokraten zu stimmen) sei in der Geschichte der Fortschrittspartei unerhört und habe in den weitesten Kreisen, namentlich auch der Abgeordneten, die denkbar größte Mißstimmung hervorgerufen. Lebte Eugen Richter noch, würde er dieser Parole vor der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110810/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG